

Gemeindewahlen 2010 Welche Themen den Wahlkampf bestimmen werden – die «Elefantenrunde» mit CVP, FDP, SP und SVP

Uneinig in den grossen Sachfragen

Die vier grossen Bezirksparteien haben unterschiedliche Rezepte, um den drängenden Problemen der Region Herr zu werden.

Interview Daniel Fritzsche

Günstiger Wohnraum am Zürichsee ist äusserst knapp. Wo sehen Sie Handlungsbedarf?

Bettina Schweiger (FDP): Die Lebensqualität am rechten Zürichseeufer beinhaltet, dass nicht bloss reiche Personen bei uns wohnen, sondern dass die Bevölkerungsstruktur ausgewogen ist. Gerade die Gemeinden am unteren Seeufer wie Küsnacht oder Zollikon haben das erkannt und in den letzten Jahrzehnten Wohnraum für den Mittelstand oder einkommenschwache Schichten zur Verfügung gestellt. Man muss dabei aber immer die Kosten und den Nutzen im Auge behalten.

Nicole Lauener (CVP): Wir möchten uns für zahlbare Wohnungen einsetzen, weil uns Familien, aber auch die ältere Generation am Herzen liegen. Mit den derzeitigen Boden- und Mietpreisen in der Region werden Familien je länger, je mehr verdrängt. Das sind aber genau jene Leute, welche die Dörfer am Leben erhalten und sie lebenswert machen.

Hanspeter Göldi (SP): Das eigentliche Problem sind die hohen Bodenpreise. Die Gemeinden müssten Boden zur Verfügung stellen, der für Genossenschaften bezahlbar ist.

Theres Weber (SVP): Die Lebensqualität am rechten Seeufer ist hoch. Und die muss man ein Stück weit auch zu zahlen bereit sein. Da spielt der Markt. Das Problem sind die Leute, die sagen: «Wir wohnen hier, und für andere hat es keinen Platz mehr.» Dadurch schnellen die Preise für den knappen Wohnraum in die Höhe. Wichtig ist für mich auch Platz für das Gewerbe. Die zahlreichen

Der Fluglärm

Wie sehen Sie die Entwicklung im Streit um die Südanflüge? Wird der Fluglärm Wahlkampfthema 2010?

Schweiger: Wir hoffen auf das neue Anflugverfahren, mit dem viel effizienter und umweltfreundlicher geflogen werden könnte. Damit wäre uns schon um einiges geholfen.

Weber: Der Fluglärm kann nicht das grosse Wahlkampfthema 2010 sein. Man muss ehrlich sein: Ein Gemeinderat oder Schulpfleger kann am Anflugregime herzlich wenig ändern. Diese Hausaufgabe müsste das Bazil endlich lösen. (dfr)

Das Verkehrschaos

Die S-Bahnen sind chronisch überfüllt; auf der Seestrasse kommt es regelmässig zu Staus. Hat der Bezirk Meilen ein Verkehrsproblem?

Lauener: Der Zürcher Stadtrat will das Utoquai künftig um eine Spur kürzen. Er provoziert den alltäglichen Stau damit geradezu. Wir hier am See haben keinen Autobahnanschluss, womit wir die Stadt umfahren könnten.

Göldi: Sie vergessen die Nordumfahrung.

Lauener: Ja, aber die bringt nur Autofahrern ab Herrliberg seaauf-

KMU leisten einen grossen Beitrag an unsere Lebensqualität durch Arbeitsplätze im Dorf.

Der kantonale Finanzausgleich belastet die reichen Seegemeinden heute schon stark. Nach einer Revision soll noch mehr Geld aus dem Bezirk Meilen in den kantonalen Ausgleichstopf fliessen.

Weber: Sicher sind alle an einer sachlich korrekten, fairen Abgleichung von Nutzen und Lasten interessiert. Daran sind wir gewöhnt, das haben wir akzeptiert, und das soll auch so bleiben. Bei der anstehenden Revision des kantonalen Finanzausgleichs habe ich aber meine Mühe. Der Bogen wird überspannt.

Schweiger: Genau. Der jetzige Vorschlag ist steuerreibend.

Lauener: In meiner Gemeinde, Erlenbach, gehen heute schon 80 Rappen von einem Gemeindesteuerfranken an den Kanton. Davon sehen wir nichts mehr.

Schweiger: Man kommt sich als Goldküstenbewohner manchmal schon etwas bestraft vor. Es kommt viel zusammen: Der Autoverkehr, die S-Bahn, der Finanzausgleich, der Fluglärm und so weiter. Für den Bezirk Meilen ist es manchmal schwierig, sich gegenüber anderen Regionen zu positionieren.

Göldi: Naja, ich finde, jetzt wird zu viel gejammert. Ein Steuerausgleich zwischen den Gemeinden macht doch Sinn. Eine Nivellierung ist zu einem gewissen Grad notwendig.

Weber: Die Umverteilung müsste aber saldoneutral geschehen. Das ist mein erster Kritikpunkt. Und zweitens kann es nicht sein, dass die reichen Leute, denen wir viel verdanken, ständig noch mehr geschröpft werden. Zum Dritten wäre es schön, wenn wir von dem vielen Geld, das in die Stadt fliesst, auch einen Nutzen hätten und nicht noch mehr schikaniert würden.

Schweiger: Der neue in der Vernehmlassung stehende Finanzausgleich ist «sexy», weil es deutlich mehr Empfängergemeinden gibt als Zahler. Kurzfristig glauben jene, ihre finanzielle Situation verbessern zu können. Längerfristig ist das aber nicht so. Wichtig ist, dass die Gemeinden selber entscheiden können, wo sie ihr Geld ausgeben wollen, und nicht, dass eine höhere Instanz dies für sie bestimmt. Ansonsten wird die Freiheit der Gemeinden unterminiert.

Der Kanton Zürich hat die Pauschalbesteuerung von reichen Ausländern per

wärts etwas. Die andern fahren in der Regel über Zürich. Sie haben keine reelle Umfahrungsmöglichkeit.

Weber: Wir müssen auch den ökologischen Faktor berücksichtigen. Wenn ich von hier bis Bern im Stau stehe, macht das aus umweltschützerischer Sicht keinen Sinn. Klar könnte man sagen, alle sollten mit dem Zug fahren. Das führt dann aber zu den bereits vorhandenen Engpässen in den S-Bahnen. Nicht vergessen darf man die Leute, die auf das Auto angewiesen sind oder es zum Arbeiten brauchen.

Göldi: Wenn nur die Handwerker un-

Initiative abgeschafft. Wie wirkt sich das auf den Bezirk aus?

Göldi: Ich bin stolz, dass wir in Zürich ein Zeichen gesetzt haben, und erwarte nicht, dass dem Kanton mit der Änderung wahnsinnig viel Steuersubstrat verloren gehen wird. Die Frage ist doch: Wieso sollte jemand pauschal besteuert werden und andere nicht? Das widerstrebt meinem Gerechtigkeitssinn.

Schweiger: Andere Kantone haben die Pauschalbesteuerung noch. Das wird zu einer Abwanderung der reichen Ausländer führen. Uns hat der Entschcheid damit nichts genützt. Dem Gewerbe wird er aber zusätzlich schaden, weil Konsum wegfallen wird.

Das Allheilmittel für regionale Zusammenarbeit war früher der Zweckverband. Ist diese Organisationsform noch zukunftsfähig?

Göldi: Zweckverbände haben eine Zukunft. Es gibt Aufgaben, für die einzelne Gemeinden zu klein sind.

Weber: Es gibt aber sinnvollere Formen der regionalen Zusammenarbeit. Zum Beispiel die Form einer gemeinnützigen Aktiengesellschaft. Zweckverbände neigen dazu, schwerfällig zu sein. Der Fall Haus Wackerling war in dieser Beziehung ein Negativbeispiel.

Göldi: Ja, aber man muss aufpassen, dass man den Gemeinden nicht zu viel Verantwortung entzieht. Es gibt Grundaufgaben, welche die Politik und nicht die freie Marktwirtschaft lösen muss. Es kann nicht sein, dass alles privatisiert wird und nur noch wirtschaftlich Lohnenswertes realisiert wird.

Wie sehen Sie die Situation an den Schulen im Bezirk?

Weber: Der Druck auf die Kinder wächst durch die Erwartungen der Eltern und die zahlreichen Projekte. Die Lehrpersonen müssen den Spagat zwischen Eltern, Kindern, Lernzielen und Schulaufsicht beherrschen. Wenn einmal Disziplin gefordert oder gar durchgesetzt wird, droht man mit Anwalt. Das ist eine falsche Entwicklung.

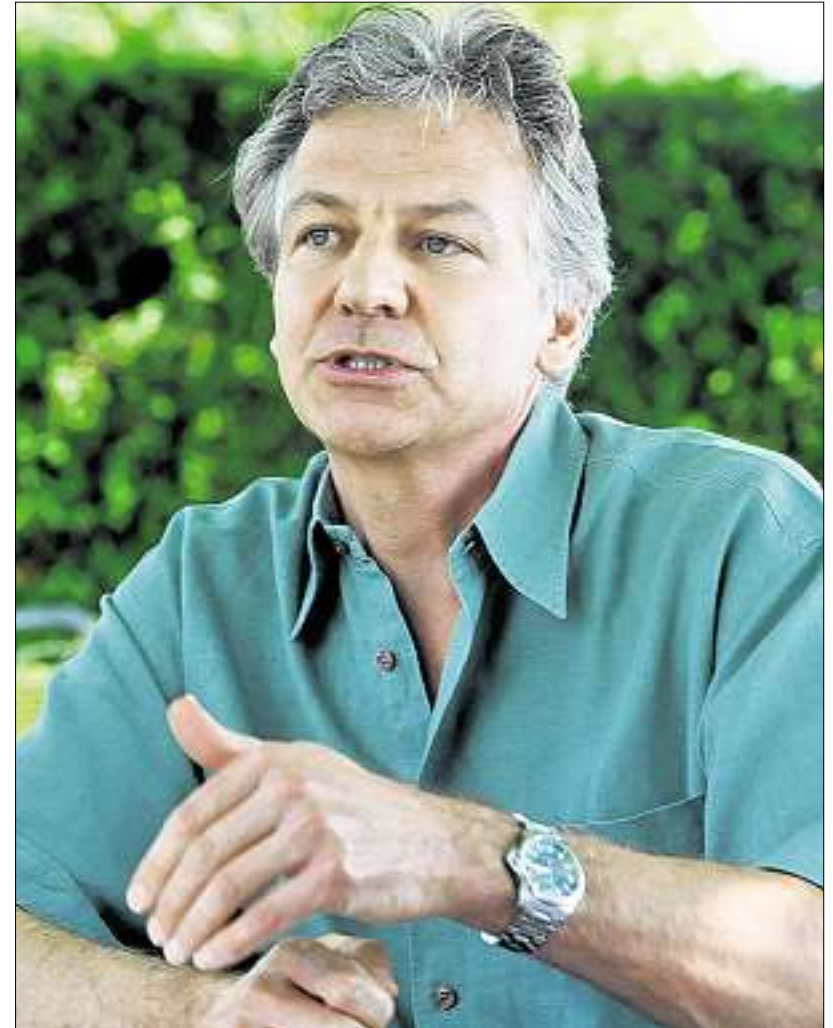
Göldi: ...oder die Eltern nehmen die Kinder aus der Schule und stecken sie in eine Privatschule.

Schweiger: In diesem Spannungsfeld ist die Schule heute. Leidtragende sind die Lehrer und die Schüler. Sie stehen unter einem enormen Druck und brauchen mehr Rückendeckung von den Eltern und den Schulleitungen.

Lauener: Neben der grundsätzlich hohen Qualität der Schulen im Bezirk empfinde ich das Angebot der familienergänzenden Betreuung in mehrheitlich allen Gemeinden als positiv. Wir sind im Gegensatz zu anderen Regionen im Kanton auf gutem Weg.

terwegs wären, wäre das Problem klein. Der Anteil derer, die das Auto aus Bequemlichkeit nutzen, ist viel zu gross. Unser Anliegen ist es, den öffentlichen Verkehr zu fördern. Das Hauptproblem der S-Bahnen ist das Nadelöhr Stadelhofen. Dies gilt es zu beheben.

Schweiger: Wir leben in einer Welt, die immer dichter besiedelt ist. Da kommt es auf der Schiene und den Strassen notgedrungen zu Flaschenhälsen. Die FDP setzt sich für einen Viertelstundentakt der S-Bahnen ab Feldbach ein, damit nicht ein Ausweichen auf die schon heute intensiv benutzte Seestrasse provoziert wird. (dfr)



Hanspeter Göldi (Meilen, Präsident SP Bezirk Meilen): «Ich finde, es wird zu viel gejammert. Der kantonale Finanzausgleich macht Sinn.» (Gerda Liniger)

Die Deutschen

Die Goldküste ist ein Anziehungspunkt für gut ausgebildete, wohlhabende Ausländer. Wie erleben Sie diesen neuen Zuwanderungsstrom in unsere Region?

Schweiger: Ich habe zwiespältige Gefühle. Wir hatten lange ein «schweizerisches Urgefühl». Mit der Globalisierung hat sich das geändert. Ich kenne Leute, die stören sich daran, dass sie beim Einkaufen nur noch Hochdeutsch hören.

Lauener: Man sollte unterscheiden zwischen jenen, die hier wirklich wohnen, arbeiten und sich einbringen, und jenen, die aus steuertechnischen Gründen hier sind. Mit Letzte-

ren habe ich Mühe. Sie sind mit ein Grund, weshalb die Immobilienpreise bei uns dermassen hoch sind.

Göldi: Für mich sind die Deutschen kein wirkliches Problem. Es gibt viele, die sich integrieren. Wir müssen froh sein, dass wir Ausländer haben, die hier arbeiten und Steuern zahlen. Sie tragen zu unserem Wohlstand bei.

Weber: Die Vorteile unseres Landes und unserer Arbeitsplätze ziehen die Deutschen an. Die meisten sind gut integriert. Es kann aber nicht sein, dass alle Veranstaltungen wie Elternabende, Konfirmationen und Ansprachen auf Hochdeutsch gehalten werden müssen. (dfr)



Theres Weber (Uetikon, Präsidentin SVP Bezirk Meilen): «Es kann nicht sein, dass die reichen Leute, denen wir viel verdanken, noch mehr geschröpft werden.»